

# 50 Jahre Unabhängigkeit

Laßt uns auf ein geteiltes Sri Lanka vorbereitet sein!

von Rudhramoorthy Cheran

Wenn der 50. Jahrestag der Unabhängigkeit mit all seinen Feierlichkeiten als Indikator für den Grad der Nationenbildung im unabhängigen Sri Lanka gewertet werden kann, so kann man in diesem Zusammenhang nur von einem einzigen Fehlschlag sprechen. Die Minderheiten, Tamilen und Muslime, fielen durch ihre Abwesenheit auf und waren in keiner offiziellen Veranstaltung zum Unabhängigkeitstag repräsentiert. Auch die vielen Sonderpublikationen, die aus Anlaß des 50. Jahrestages herausgegeben wurden, legten kaum Wert darauf, auf deren Existenz im multiethnischen Staat einzugehen.

Die 'Liberation Tigers of Tamil Eelam' (LTTE) riefen demgegenüber zu einem Trauertag auf, um an die "fünfzigjährige Unterdrückung der Minderheiten durch die zahlreichen postkolonialen Regierungen" zu er-

innern. Sie hatten es geschafft, am Vorabend des Jubiläums Teile der nördlichen Kilinochchi-Region von den Streitkräften zurückzuerobern, "zu befreien", wie sie es nannten. Zuvor bombardierte eines ihrer Selbstmordkommandos den heiligsten buddhistischen Schrein Sri Lankas, die 'Dalada Maligava' im Herzen von Kandy, wo ein Zahn Buddhas als Reliquie verehrt wird.

Der Tempel überstand, wie durch ein Wunder, diesen Bombenanschlag mit vergleichsweise geringen Schäden am Eingangsbereich, doch waren die psychischen Schäden, die durch diesen Anschlag unter der sinhalesisch-buddhistischen Bevölkerungsmehrheit ausgelöst wurden, enorm - die LTTE hätte im ganzen Land kein sensibleres Ziel für ihren Protest auswählen können. Der Anschlag ist ein Fingerzeig auf das, was Sri Lanka und seiner Bevölke-

rung noch bevorzuzustehen scheint.

Aufgrund der Vorfälle hob die Regierung alle Pläne für die Jubiläumsfeierlichkeiten auf, die eigentlich in Kandy stattfinden sollten und entschied sich kurzfristig, den Ort des "Jubelns" auf Colombo zu verlagern. Die Feiern in der Hauptstadt unterlagen jedoch immensen Sicherheitsvorkehrungen, die Straßen waren nahezu menschenleer und in einem Zeitungskommentar wurde beklagt, daß die Bevölkerung noch nicht einmal am Unabhängigkeitstag "frei" sei.

Höhepunkt der Feierlichkeiten war die Ansprache der Präsidentin Chandrika Bandaranaike-Kumaratunga. Sie lag mit ihrer Analyse der vergangenen 50 Jahre als der Geschichte einer "Probleminsel" sehr richtig. Dabei gab sie zu, daß Sri Lanka es nicht geschafft habe, zu einer multiethnischen und multikul-



Eine Galerie der Verantwortlichen für den ethnischen Konflikt: Sri Lankas Premierminister und Präsidenten seit der Unabhängigkeit (Foto: Walter Keller)

turellen Nation heranzuwachsen. Ihre Feststellung war so symbolisch wie auch paradox: 50 Jahre Unabhängigkeit zu feiern, gleichzeitig aber einen Krieg gegen Minderheiten zu führen und das bisher nicht erfolgte "nation building" feststellen zu müssen.

In den meisten ehemaligen Kolonien war der Kampf für die Erlangung der Unabhängigkeit das Ergebnis einer "konzertierten Aktion" vereinigter Massen, einer Vereinigung über Klassen, Ethnien oder Sprachgruppen hinweg. Sri Lankas Erfahrung war eine andere. Hier bestand weitgehende Interessengleichheit mit den Kolonisatoren und den Grundsätzen des Kolonialismus. Es wurde weniger seine Abschaffung als der Ersatz fremder Herrscher durch ihre lokalen Kollaborateure angestrebt. Letztlich war es so, daß eine handvoll tamilischer und sinhalaischer Eliten von den Kolonialherren einzig ihre Teilhabe an der Macht forderten. Die breite Masse, der englischen Sprache nicht mächtig, hatte bis weit in die 50er Jahre von den Vorteilen, die sich aus der Unabhängigkeit ergaben, ohnehin nur wenig. So war der historische Prozeß, der Sri Lanka seine Unabhängigkeit brachte, nicht gerade förderlich für eine gemeinsame, alle Bevölkerungsschichten und -gruppen sowie Klassen umfassende Nationenbildung. Es entstand keine Identität, die auf einer gemeinsamen Sprache, einem einheitlichen Wertesystem oder der Ansicht, auf einem allen gemeinsam gehörenden Territorium zu leben, aufbauen konnte.

Man könnte argumentieren, daß der Versuch, eine Nationenbildung voranzutreiben, erst 1956 mit der Machtübernahme durch S.W.R.D. Bandaranaike begann. Es ist wohl sein Verdienst, die (sinhalaischen) Massen von den kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Zwängen befreit zu haben, unter denen sie über die Jahrhunderte des Kolonialismus und während der ersten Dekade nach Erlangung der Unabhängigkeit leiden mußten. Unglücklicherweise war die Machtübernahme von Bandaranaike, dem Vater der heutigen Präsidentin, auch der Beginn einer Politik, die Minderheitengruppen weitgehend ausschloß und ausgrenzte. Es war vor allem das "Sinhala Only"-Gesetz, das sinhalaisch zur einzigen offiziellen Staatssprache erklärte und einen sinhalaischen Nationalismus hervorbrachte, der gerade für die tamilische Minderheit keinen Platz

mehr ließ. Anstatt vorsichtig eine "inklusive" Politik des "nation building" anzustreben, in der auch Minderheiten ihren Platz finden konnten, setzte Bandaranaike srilankische Identität mit einer sinhalaisch-buddhistischen gleich. Tamilen und Muslime fanden sich in diesem Konzept einer srilankischen Nation nicht mehr wieder.

Die aktuelle Situation der Nationenbildung läßt drei Stränge erkennen: einen sinhalaischen, der kompromißlos und stur Sri Lanka als das Land der Sinhalesen betrachtet; einen tamilischen mit wachsender Bereitschaft, gegen das sinhalaische Konzept anzukämpfen und einen muslimischen, der sich aus den zunehmenden Animositäten der vergangenen Jahre zwischen tamilischer und sinhalaischer Bevölkerung ergibt. 50 Jahre nach Erlangung der Unabhängigkeit ist Sri Lanka de facto eine gesplante Nation, zu gesplante, als daß noch irgendwelche Kompromisse daran etwas verändern könnten. Der hier zum Ausdruck gebrachte Pessimismus - oder besser: der Sinn für die Realität - basiert auf folgenden Beobachtungen und Einschätzungen:

1. Die von der 'Peoples Alliance'-Regierung im Oktober letzten Jahres vorgestellten Konzepte zur Lösung des Minderheitenkonflikts, die angeblich auch eine Neuaufteilung, Dézentralisierung und regionale Zuweisung der Macht auf die vorwiegend von Tamilen besiedelten Landesteile vorsehen, müssen als nicht weitgehend genug bezeichnet werden. Darüberhinaus ist es höchst unwahrscheinlich, daß die Regierung es schaffen wird, das "Lager" der sinhalaischen "hardliner", denen die Vorschläge zu weit gehen, auf ihre Seite zu bekommen;

2. Auch wenn es der Regierung gelingen sollte, ihre Vorschläge im Parlament "durchzupeitschen" und/oder durch einen Volksentscheid absegnen zu lassen - ein höchst unwahrscheinliches Szenario - wird es für sie kaum möglich sein, die Vorschläge auch tatsächlich umzusetzen;

3. Alle tamilischen Parteien und Gruppierungen haben bereits ihre Unzufriedenheit mit den Vorschlägen der Regierung zum Ausdruck gebracht, dies betrifft vor allem die LTTE. Aufgrund der jüngsten Entwicklungen in bezug auf politische Allianzen in Indien, vor allem im Bundesstaat Tamil Nadu, und die zukünftige militärische Strategie der LTTE, wie sie bereits angesichts

des Anschlages auf den buddhistischen Tempel in Kandy sichtbar geworden ist, kann man davon ausgehen, daß die LTTE sich auf einen langen und harten Krieg einstellt.

### Die Vorschläge der Regierung

Die 'Peoples Alliance'-Regierung hat ihre Vorschläge für Verfassungsreformen (populär als "package" oder "proposal" bekannt), am 27. Oktober letzten Jahres dem Parlament vorgelegt. Würden sie vom Parlament angenommen und bei einem Volksentscheid von den Wählerinnen und Wählern akzeptiert, hätte Sri Lanka damit seine dritte republikanische Verfassung. Die Frage bleibt jedoch, ob diese neue Verfassung gleichzeitig auch den Weg freimacht für eine "inklusive" Politik, um dadurch sinhalaischen und tamilischen Nationalismus, die miteinander wettstreiten, zu entschärfen? Die Antwort ist ein klares nein.

Die Vorschläge der Regierung sind von allen Protagonisten auf tamilischer Seite als nicht weitgehend genug bezeichnet und deshalb abgelehnt worden. Wie es heißt, schließen sie nicht die Anerkennung der prinzipiellen Forderungen der Tamilen auf eine weitestgehende Eigenständigkeit ein. Im Klartext bedeutet dies, daß das tamilische Volk als eine eigenständige Nation anerkannt werden muß, Norden und Osten der Insel als ihre "traditionellen Siedlungsgebiete" bestätigt und anerkannt werden sollen, wofür sie auch das Recht auf Selbstbestimmung zugestanden wissen wollen. Die Prinzipien mögen rhetorisch klingen - aber sie reflektieren das ausgeprägte Unsicherheitsgefühl der Minderheiten und die Suche nach einem sicheren und soliden Fundament für den Aufbau einer gleichberechtigten Nation. Die Regierung versucht mit ihren Vorschlägen das Gefühl der Unsicherheit der Minderheiten mit dem Hebel der Machtaufteilung ("Devolution") zu beantworten. Auch zahlreiche Vorgängerregierungen haben bereits versucht, die sogenannte "Nationale Frage" durch Machtaufteilung zu entschärfen. All diese Versuche schlugen jedoch deshalb fehl, weil die tamilischen Vorstellungen weit über die bisher vorgelegten Konzepte hinausgehen. Darüberhinaus gelten die von der jetzigen Regierung gemachten Vorschläge für das ganze Land und nicht als Lösung der Probleme der

tamilischen Minderheit. Sie negieren insofern die Ursachen für den ethnischen Konflikt und die existierende "Minderheitenfrage".

Im srilankischen Kontext bleibt Sri Lanka bei dem vorgelegten "devolution proposal" immer noch ein vorwiegend zentralistischer Staat, weil die Zentralregierung nur gewisse, genau spezifizierte und eingegrenzte legislative und exekutive Vollmachten an die Regionen delegieren will. Die Regionen besitzen keine eigene Souveränität, weil die Souveränität ungeteilt und ausschließlich bei der Zentralregierung verbleiben soll. Insofern können auch die von der Zentralregierung an die Regionen gemachten Zugeständnisse jederzeit von ihr widerrufen werden. Die Vorschläge der Regierung zielen also nicht auf ein föderatives Staatssystem ab.

#### Der srilankische Staat

Gerade ab 1956 wurde die Staatsbürokratie fast rein sinhalesisch-buddhistisch. Das heißt, jede Regierung und mit ihr die Bürokratie, sahen es als ihre vorrangigen Aufgaben an, die Interessen der sinhalesischen Buddhisten zu schützen und auszuweiten. Diesbezüglich sind keine Unterschiede

zwischen den Regierungen Jayawardene, Premadasa oder Kumaratunge feststellbar. Ein gutes Beispiel dafür, wie gute Ansätze immer wieder torpediert werden, ist die sogenannte "Official Language Commission", eine Kommission, die von Präsidentin Kumaratunge ins Leben gerufen wurde, um die Umsetzung von Tamil als einer von drei offiziellen Staatssprachen vor allem in der bürokratischen Praxis zum Wohle der tamilischen Bevölkerung zu überwachen. Die Kommission wurde von einem weithin respektierten Menschenrechtler, Charles Abeysekera, einem Sinhalesen, geleitet. Ein von ihm bereits 1996 vorgelegter erster Zwischenbericht verschwand unter ungeklärten Umständen und fand sich schließlich im Papierkorb des zuständigen Ministers Fernandopulle wieder. Nichts ist seitdem geschehen. Dies ist nur ein Beispiel dafür, wie Vorgaben torpediert werden und mit welcher Gleichgültigkeit Politik und Bürokratie zu Werke ziehen - und ähnliche Beispiele gibt es in Hülle und Fülle.

An anderen "Fronten" wie bei der Landverteilung im Nordosten und in den Plantagen, bei Bildungsfragen und vielen anderen Dingen, ist der aktuelle Stand ähnlich dem der 60er

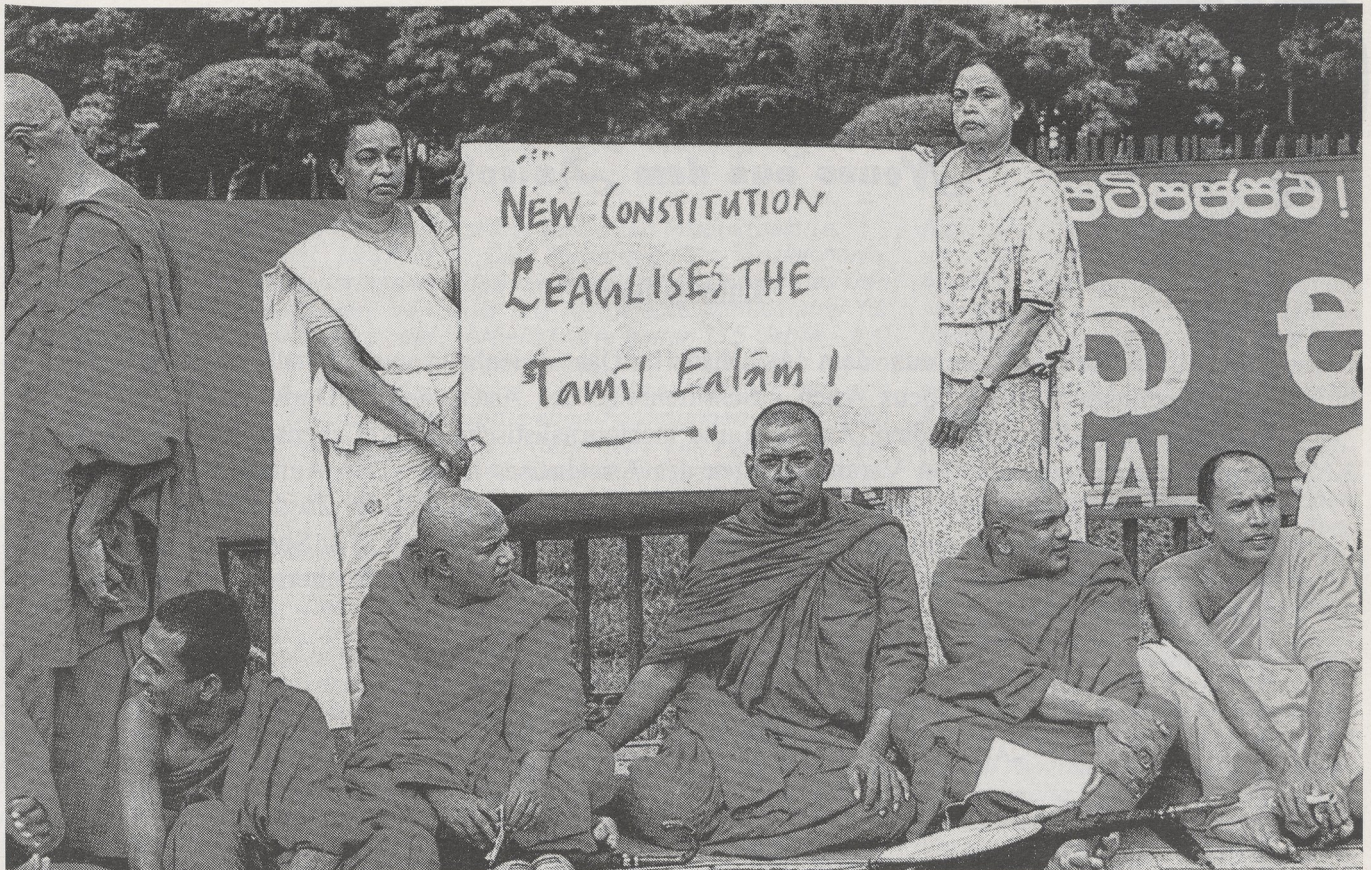
Jahre. Die entsprechende Umsetzung von Gesetzen und Vorschriften würde einen radikalen Wechsel und ein vollständiges Umdenken der derzeit zu 90 Prozent aus Sinhalesen bestehenden Bürokratie notwendig machen. Dies ist kaum zu erwarten. Ein Abgeordneter der gemäßigten tamilischen 'Tamil United Liberation Front' (TULF) wies kürzlich darauf hin, daß der Anteil von Sinhalesen an Stellen im öffentlichen Dienst bei weitem deren Anteil an der Gesamtbevölkerung überschreite. Er habe sich sogar noch vergrößert, seitdem die Regierung Kumaratunge, die eigentlich angetreten war, um für mehr Gerechtigkeit zu sorgen, die Regierungsgeschäfte führe.

#### Die LTTE

Es ist auffällig, daß die LTTE nicht zu Kompromissen bereit ist. Sie muß dies auch nicht sein, weil sie nach wie vor über einen recht großen Rückhalt in der tamilischen Bevölkerung, innerhalb und außerhalb Sri Lankas, verfügt. Ohne eine solche Verankerung in der Bevölkerung ist keine Guerillaorganisation fähig, über längere Zeit zu überleben. Die LTTE scheint nicht nur weiterhin stark zu sein, ihre Stärke



Die derzeitigen Haupt-Protagonisten des Konflikts: Präsidentin Kumaratunge und LTTE-Führer Prabhakaran (Foto: SAB-Archiv/Montage)



Sinhalesische Hardliner protestieren gegen die neue Verfassung (Foto: 'Frontline')

scheint derzeit sogar noch zuzunehmen. Natürlich gibt es kaum Möglichkeiten, in Abwesenheit von demokratischen, freien und fairen Wahlen den Umfang der Unterstützung, den sie genießt, genau einzuschätzen. Diese ergibt sich aus einem Gemisch von Zwang, fehlender Alternativen für die Bevölkerung und einer gewissen Bewunderung für ihre geradezu fanatische Bereitschaft alles zu tun, um das große Ziel zu erreichen. Der andere Punkt, der die LTTE stark macht, ist das Fehlen einer gewissen Legitimität der srilankischen Regierung in den Augen vieler Tamilen.

Auf ein wachsendes Unterstützungspotential im Ausland weisen die großen Demonstrationen hin, die von der LTTE vor allem in London und Toronto aus Anlaß des 50. Jahrestages der Unabhängigkeit organisiert wurden. Auch im südindischen Bundesstaat Tamil Nadu gewinnt sie wieder zunehmend an Einfluß und Unterstützung, was vor allem im Wahlkampf zu den derzeit in Indien laufenden Parlamentswahlen deutlich spürbar war. Wichtig in diesem Zusammenhang ist, daß die traditionellen Unterstützer der LTTE im südlichen Indien, die 'Paattali Makkal Katchi' (PMK), die 'Marumalarchi Dravida Munnetra

Kazhagam' (MDMK) von V. Gopalswamy und Nedumarans 'Tamil Movement' sich alle mit der hindufundamentalistischen 'Bharatiya Janatha Party' (BJP) sowie der tamilischen 'All India Anna Dravida Munnetra Kazhagam' (AIADMK) der Ex-Ministerpräsidentin des Bundesstaates Tamil Nadu, J. Jayalalitha, verbündet haben. Diese eigenartige Allianz, geprägt aus (indisch)-tamilischem Nationalismus und politischem Opportunismus, kann weitreichende Konsequenzen für den Volksgruppenkonflikt in Sri Lanka haben. Zum ersten Mal erhält die BJP Rückendeckung von dravidisch-nationalistischen Parteien, die bisher die Statthalter des Säkularismus im südlichen Indien waren. Dabei war Ex-Ministerpräsidentin Jayalalitha, die während ihrer Regierungszeit für eines der korruptesten Regime in der postkolonialen Ära Indiens verantwortlich zeichnet, die erste, die mit der BJP paktierte. Die anderen Partner der BJP, die MDMK und die PMK sind schon in der Vergangenheit virulente Unterstützer der LTTE gewesen, waren jedoch gleichzeitig auch scharfe Kritiker der Regierung Jayalalitha, der man eine Anti-Sri Lanka-Tamilische-Haltung - und damit eine Anti-LTTE-Position -

vorwarf. Die LTTE scheint nun dieses neue Bündnis zu ihrem eigenen Vorteil ausnutzen zu wollen, in dem sie sehr geschickt und clever die sogenannte "Hindu-Karte" spielt. Dies hat unter anderem dazu geführt, daß kürzlich sogar ein BJP-Politiker anläßlich einer Konferenz, die von der BJP und dravidischen Parteien organisiert war, offen zur Unterstützung der LTTE aufgerufen hat. Über das, was werden könnte, wenn die BJP es schaffen sollte, demnächst die Regierung in Indien zu stellen, kann man getrost weiterkontemplieren. Dann würden vor allem die dravidischen Pro-LTTE Parteien größeren Einfluß erlangen. Auf jeden Fall scheint die LTTE zukünftig auf einen größeren ideologischen, politischen und materiellen Einfluß in Indien bauen zu können. Das würde ihre Möglichkeiten im Kampf für einen separaten Tamilenstaat, Tamil Eelam, erweitern. Das ganze Szenario scheint darauf hinzudeuten, daß wir uns auf eine wahrscheinlich fortschreitende Desintegration Sri Lankas einstellen müssen.

(Der Autor ist srilankischer Journalist und Chefredakteur der in Colombo erscheinenden Zeitung 'Sarinihar'; Bearbeitung und Übersetzung: Walter Keller)